

Die Entwicklung von Open Access vor dem Hintergrund von DEAL und Plan S: Die Perspektive mittelständischer Verlage und verlagsunabhängiger Zeitschriften

Ein Gespräch mit Claudia Czingon

Open Access (OA) – dieser Terminus ist aus dem Diskurs über das wissenschaftliche Publikationssystem nicht mehr wegzudenken. Die Idee, wissenschaftliches Wissen weltweit für alle frei zugänglich zu machen, kam erstmals während der sogenannten Zeitschriftenkrise in den 1990er Jahren auf. Damals nutzten große kommerzielle Verlagshäuser ihre infolge von Übernahmen und Fusionen gewonnene Marktmacht aus, um die Gebühren für Zeitschriften-Abonnements massiv zu erhöhen, was die Universitäten und Bibliotheksetats stark belastete. Um zu verhindern, dass mächtige Wirtschaftsunternehmen sich auf Kosten der Öffentlichkeit bereichern, entwickelten Aktivist*innen alternative, verlagsunabhängige Publikationsorte wie Preprint Server, Repositorien und Online-Journals. Die Open-Access-Bewegung entstand.

Was als aktivistische, randständige und kapitalismuskritische Bewegung begann, ist im Laufe der Zeit zunehmend ins unternehmerische Kalkül der Wissenschaftsverlage selbst vorgedrungen und steht nun auch im Zentrum wissenschaftspolitischen Denkens und Handelns – mit der Folge, dass heute bereits mehr als die Hälfte aller wissenschaftlichen Zeitschriftenartikel in Deutschland unter einer Open-Access-Lizenz erscheinen.¹ Insbesondere zwei wissenschaftspolitische Initiativen haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, den Transformationsprozess des wissenschaftlichen Publikationswesens Richtung Open Access noch einmal massiv zu beschleunigen: das Projekt DEAL und der Plan S.

Das Projekt DEAL wurde von der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen unter Federführung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ins Leben gerufen, um im Auftrag aller deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen – einschließlich Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Landes- und Regionalbibliotheken – bundesweite Konsortialverträge mit den größten kommerziellen Verlagen für wissenschaftliche Zeitschriften – Springer Nature, Wiley und Elsevier – auszuhandeln. Die Verhandlungen wurden 2016 aufgenommen, zunächst erfolglos. 2019

1 <https://open-access-monitor.de/> (Zugriff vom 15.12.2022).

wurden dann mit Wiley und 2020 mit Springer Nature DEAL-Verträge geschlossen.² Diese *publish and read*-Vereinbarungen geben einerseits den korrespondierenden Autor*innen das Recht, ihre zur Veröffentlichung angenommenen Texte unter einer Open-Access-Lizenz unmittelbar und dauerhaft in allen Zeitschriften des Verlags zu publizieren. Andererseits ermöglichen sie den dauerhaften Zugang der teilnehmenden Einrichtungen zu allen elektronischen Zeitschriften des jeweiligen Verlags. Finanziert werden die Publikationen über Autorengebühren in Höhe von 2.750 Euro pro Artikel, die von den Forschungseinrichtungen übernommen werden.

Der Plan S wurde von der sogenannten Coalition S, einem Zusammenschluss von nationalen Forschungsförderern, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Forschungsrat, im September 2018 veröffentlicht. Er sieht vor, dass öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse ab 2021 in frei zugänglichen OA-Zeitschriften oder auf OA-Repositorien publiziert werden müssen, und zwar unmittelbar und ohne Sperrfrist.³ Er will zudem verhindern, dass sich hybrides Publizieren, also die gegenwärtig weit verbreitete Praxis der Veröffentlichung von OA-Artikeln in Subskriptionszeitschriften (= Zeitschriften im klassischen Abonnementmodell) – bei der Verlage also doppelt verdienen –, dauerhaft etabliert. Die Möglichkeit, in hybriden Zeitschriften zu publizieren, besteht nur noch bis zum 31. Dezember 2024 und nur unter der Bedingung, dass sich die Zeitschrift nachweisbar auf dem Weg zu einem OA-Modell befindet.

Auch wenn heute kaum mehr jemand den Nutzen von Open Access für Wissenschaft und Gesellschaft in Zweifel ziehen würde, gerät die konkrete Umsetzung, wie sie von DEAL und Plan S vorgesehen ist, immer wieder in die Kritik. Durch die hohen Publikationsgebühren im Rahmen von DEAL würden sich Großverlage weiterhin auf Kosten der Öffentlichkeit bereichern. Und Plan S setze klassische Subskriptionszeitschriften (zu denen auch der *Leviathan* gehört) einem Transformationszwang aus, ohne dass dafür geeignete Finanzierungsmodelle zur Verfügung stünden. So lauten nur zwei der Vorwürfe.

Wir wollen hier ansetzen und insbesondere mit Blick auf die Sozial- und Geisteswissenschaften fragen: Was bedeutet DEAL eigentlich für Nicht-DEAL-Verlage, also die kleine und mittelständische Verlagslandschaft? Und

2 Es handelte sich ursprünglich um Dreijahres-Verträge, die mittlerweile verlängert wurden. Die Verhandlungen mit Elsevier sind aufgrund von überhöhten Forderungen des Verlags seit Juli 2018 ausgesetzt.

3 Als Embargo- oder Sperrfrist wird der Zeitraum bezeichnet, nach dem es Verlage den Autor*innen erlauben, den Volltext ihrer Publikation als Zweitveröffentlichung auf einem Open-Access-Repositorium verfügbar zu machen (Grünes Open Access). Die Länge der Frist hängt vom Ermessen des jeweiligen Verlags ab. Bei Zeitschriften liegt sie meist zwischen 6 und 12 Monaten, manchmal auch bei 24 Monaten.

vor welchen Hürden stehen wissenschaftliche (auch verlagsunabhängige) Zeitschriften angesichts von DEAL und Plan S? Darüber hat die ehemalige Leviathan-Redakteurin Claudia Czingon mit Johannes Rux, Programmleiter Wissenschaft im Juristischen Lektorat bei Nomos und verantwortlich für die Open-Access-Strategie des Verlags, und Marcel Wrzesinski, Open-Access-Officer am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) und Redakteur der verlagsunabhängigen Open-Access-Zeitschrift »Open Gender Journal«, gesprochen.⁴

Claudia Czingon: Herr Rux, Herr Wrzesinski, was wurde aus Ihrer Sicht im Hinblick auf die Open-Access-Transformation erreicht und wo sehen sie aktuell die größten Herausforderungen?

Johannes Rux: Ich verstehe die Skepsis vor allem der Bibliotheken, aber auch der Wissenschaftler*innen gegenüber Verlagen. Wenn man sich ansieht, wie die drei großen internationalen Wissenschaftsverlage Springer, Wiley und Elsevier den Zeitschriftenmarkt beherrschen, kann einem mulmig werden. In den Open-Access-Initiativen DEAL und Plan S finde ich aber so gut wie nichts davon wieder, was uns als mittelständischen, vorwiegend deutschsprachigen Verlag ausmacht. Ich finde schon gar nichts darin wieder, was mich als Wissenschaftler interessiert. Ich bin Jurist. Jura ist eine Wissenschaft, die sich ganz vielen Prozessen entzieht, die im Bereich Open Access heute eine Rolle spielen. Es hat keinen Sinn, wenn wir Inhalte immer weiter aggregieren und nach *einer einzigen* Lösung für *alle* Probleme suchen. Genau das ist aber passiert, und es passiert auch weiter. Man hat gesagt: Wir nehmen den DEAL als Open-Access-Initiative und den Plan S als Maßnahme zur Forschungsförderung und stützen das nach dem Motto »one size fits all« über alle Wissenschaften. Das funktioniert so aber nicht. Denn Wissenschaft ist viel zu bunt für Patentrezepte.

Wir, der Nomos Verlag, sind jedenfalls in unserem juristischen Programm von den Forderungen nach mehr Open Access bisher weitgehend unberührt geblieben. Wenn bei uns Open Access mittlerweile eine beachtliche Rolle spielt und weiter wächst, dann liegt das nicht zuletzt an uns selbst, weil wir erkannt haben, dass Open Access uns helfen kann, unsere eigentliche Aufgabe zu erfüllen, die in erster Linie darin besteht, Wissen und Informationen zu verbreiten, beides dort hinzubekommen, wo es gebraucht wird. Das ist unser Kerngeschäft. Und genau dieses Kerngeschäft möchten wir auch in Zukunft gerne weiterbetreiben. Open Access ist *ein* Instrument,

⁴ Bei diesem Text handelt es sich um die verschriftlichte und überarbeitete Fassung der Podiumsdiskussion »Aktuelle Entwicklungen von Open Access vor dem Hintergrund von DEAL und Plan S«, die am 9. Mai 2022 auf der 10. Fachtagung zur Lage der sozial- und geisteswissenschaftlichen Zeitschriften am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung stattfand.

wie wir das genannte Ziel erreichen können. Ok, am Schluss geht es auch darum, Geld zu verdienen, aber das ist nicht unsere Hauptaufgabe. Unsere Hauptaufgabe besteht vielmehr darin, dass wir als ein integraler Bestandteil des Wissenschaftssystems neue Erkenntnisse so in die Welt tragen, dass sie den größtmöglichen Nutzen entfalten. Unsere Welten sind aber teilweise sehr viel kleiner, sehr viel beschränkter als jene der Naturwissenschaften.

Claudia Czingon: Können Sie das an einem Beispiel erläutern?

Johannes Rux: Als Jurist liegt mir die Politikwissenschaft am nächsten. Die Teildisziplin »Internationale Beziehungen« ist international – wobei auch hier die Forschung je nach Region sehr unterschiedliche Schwerpunkte haben kann. Noch stärker ist die regionale Verwurzelung in der Institutionenforschung. Die ist schon immer regional oder national ausgerichtet. Es mag durchaus sein, dass man eine allgemeingültige Definition etwa des Begriffs »Parlament« findet – die aber nichts daran ändert, dass die konkrete Aufgabe und die Funktion von Parlamenten extrem unterschiedlich sein können – und dass diese Unterschiede eingeebnet werden, wenn man versucht, die Disziplin auf eine einzige Sprache zu beschränken. Selbst im deutschen Sprachraum haben die Begriffe »Volksinitiative« und »Referendum« völlig unterschiedliche Bedeutungen, je nachdem, ob man über die Schweiz, Österreich oder ein deutsches Bundesland spricht. Forsche ich zu solchen Themen, dann interessiert mich in der Regel nicht, was in China oder in Malaysia oder in Australien geschehen mag, mich interessiert vor allem, was in Deutschland passiert – und warum. Umgekehrt gilt das genauso. Als Verlag und Vermittler von Forschungserkenntnissen habe ich daher in der Regel einen ganz kleinen Markt im Blick, den wir dafür aber auch sehr gut kennen. Das stößt bei den Diskussionen über Open Access aber auf Entwicklungen in Bereichen, in denen bestenfalls universelle Antworten auf Fragen gesucht und gefunden werden, die wirklich jeden Menschen betreffen, etwa in der Forschung zu Impfstoffen gegen COVID, die natürlich durch Open Access massiv erleichtert wurde, weil es hier um naturgesetzliche Zusammenhänge geht, die überall gleichermaßen gelten. Da das, was sich in den Natur- und Lebenswissenschaften bewährt hat, als Modell für die Wissenschaft insgesamt dient, führt das dazu, dass wir uns mit einer Konkurrenz konfrontiert sehen, die international arbeitet und massiven Druck ausübt, indem sie allen Wissenschaftler*innen Open Access als Instrument zur Herstellung internationaler Sichtbarkeit präsentiert, obwohl es eigentlich um Themen geht, die viel kleinteiliger und kleinteiliger diskutiert werden könnten und müssten!

Claudia Czingon: Herr Wrzesinski, wie sehen Sie das als jemand, der verlagsunabhängig Zeitschriften macht? Wo sehen Sie die Herausforderungen der Open-Access-Transformation?

Marcel Wrzesinski: Zunächst einmal würde ich gerne die Frage aufwerfen, was wir unter Open-Access-Transformation eigentlich verstehen. Wenn wir auf der einen Seite über Zugang zu wissenschaftlicher Literatur reden, dann sind wir, glaube ich, relativ weit gekommen. Es gibt Statistiken zur Frage, wie viele Artikel mittlerweile Open Access erscheinen. Die Wissenschaftler*innen wissen auch zunehmend, woher sie Literatur bekommen, die nicht Open Access verfügbar ist. Es gibt dafür legale, semilegale und auch nichtlegale Wege.

Wenn auf der anderen Seite mit der Transformation auch gemeint ist, dass wir über das Modell hinter dem wissenschaftlichen Publizieren nachdenken – also über die Aufgabe von Verlagen, über die Kommodifizierung von Wissen, die sicherlich nicht auf alle Verlage, aber auf bestimmte Verlagsmodelle zutrifft –, dann sind wir, glaube ich, noch nicht besonders weit gekommen. Bei vielen Zeitschriften und anderen Formaten wie Wissenschaftsblogs, aber auch bei Monografien stellt sich im Moment sehr stark die Nachhaltigkeitsfrage. Die DFG und das BMBF haben in den letzten Jahren verstärkt *seed-funding* betrieben, das heißt, dass kleinere Summen investiert worden sind, um Zeitschriftenprojekte zu unterstützen, die qua Definition aber gar nicht langfristig angelegt sein können. Sie waren wie üblich auf ein, zwei oder drei Jahre terminiert. Jetzt muss es daher stärker darum gehen, dass langfristige Unterstützung zugesichert wird. Das muss nicht immer nur finanziell sein. Das kann ebenso infrastrukturelle Unterstützung sein, das können Beratungsmodelle sein, zum Beispiel im Hinblick auf die Frage, wie eine Transformation zur Open-Access-Zeitschrift gelingen kann. Es ist, glaube ich, eine große Herausforderung, die Nachhaltigkeit von dem, was es aktuell gibt, sicherzustellen.

Woran wir ebenfalls mehr arbeiten müssen und wo wir auch am Humboldt Institut versuchen, einen Beitrag zu leisten, ist der Bereich Bibliodiversität. Dabei geht es darum, den Anspruch ernst zu nehmen, über neue Formate und neue Verfahren der Qualitätssicherung nachzudenken, vielleicht auch über neue Formen der Kollaboration, auch internationaler Art. Wie können wir beispielsweise publizieren und enger mit Kolleg*innen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten? Wir sind ja hier im Globalen Norden, das heißt, wir sind mit bestimmten Privilegien ausgestattet, die man im weltweiten Kontext nochmal reflektieren kann: Wie können wir so publizieren, dass es nicht nur wieder allein *unser* Wissen ist, das sich global verbreitet, sondern dass ein tatsächlicher Austausch stattfindet? Das ist nicht nur eine

Frage von Reputationsökonomie, sondern gleichzeitig ein Privilegiendiskurs, der hier mit zur Debatte stehen könnte. Es ist die Frage, ob wir den führen wollen.

Claudia Czingon: Die Nachhaltigkeitsfrage beschäftigt auch die kleinen und mittelständischen Verlage zunehmend. Herr Rux, Sie haben es schon angedeutet: DEAL hat die Oligopolstellung der großen kommerziellen Verlage gestärkt. Welche konkreten Konsequenzen haben DEAL und Plan S für kleine und mittelständische Verlage?

Johannes Rux: Was der DEAL für uns konkret bedeutet, lässt sich am Beispiel des einen DEAL-Verlags zeigen, der in »unseren« Themenbereichen unterwegs ist. Dieser Verlag geht seit einiger Zeit sehr aktiv auf unsere Herausgeber*innen und Autor*innen zu und wirbt bei ihnen für Open-Access-Publikationen in den Zeitschriften dieses Verlags. Es geht immer wieder darum, dass diese Publikationen für die Betroffenen nicht nur kostenfrei sind, sondern dass auch das gesamte Verfahren der Publikation so gestaltet ist, dass die Autor*innen und Herausgeber*innen einen möglichst geringen Aufwand haben. Dass der Verlag mit Open-Access-Publikationen Milliardenumsätze erzielt und seinen Anteil an öffentlichen Geldern infolge von DEAL eher ausgeweitet hat – was wiederum dazu führt, dass der »Rest des Kuchens« für die Verlage, die nicht am DEAL beteiligt sind, stetig kleiner wird –, fällt allzu oft unter den Tisch. Da der DEAL für einen großen Teil aller Publikationen greift, gilt das auch für Bibliotheken und Wissenschaftseinrichtungen, die sich auf die Umsetzung des DEAL konzentrieren (müssen) und allzu oft keine Kapazitäten für das haben, was neben dem DEAL stattfindet. Die Strukturen, die für den DEAL geschaffen wurden, sind uns als mittelständischem Verlag nicht zugutegekommen. Mit uns redet im Moment schlichtweg kaum jemand. Wir versuchen das zu ändern und verhandeln mit den verschiedensten Institutionen über die Umstellung auf Open Access, die ja überall auf der Agenda steht. Aber hier schlägt voll durch, dass ein kleiner Verlag eben keine Ressourcen hat, um neben der essentiellen Programmentwicklung auch noch neue Geschäftsmodelle einzuführen. Wenn ein Milliardenkonzern wie einer der DEAL-Verlage ganze Abteilungen aufbauen kann, um hier Modelle und Prozesse zu entwickeln, bleibt das bei kleinen und mittelständischen Verlagen zwangsläufig ein eher randständiges Thema.

Claudia Czingon: Was bedeuten diese Entwicklungen für die Zeitschriften dieser Verlage, die noch im klassischen Subskriptionsmodell laufen?

Johannes Rux: Wir nehmen durchaus wahr, dass unsere Zeitschriften, die im klassischen Abo-Modell laufen – und laufen müssen –, im Moment unter Druck stehen. Die Herausgeber*innen fragen uns: Was können wir denn tun? Was können wir unseren potenziellen Autor*innen anbieten, wenn die sagen, ich kann doch auch bei Springer veröffentlichen, da ist Open Access einfach möglich? Wollen sie bei uns Open Access publizieren, müssen sie in der Regel erst wieder einmal Anträge stellen. So entwickelt sich allmählich ein Verdrängungswettbewerb, mit dem wir große Probleme haben. Das einzige, was wir im Moment tun können, ist, den Wissenschaftler*innen zu sagen, dass wir als Verlag sie ernst nehmen und versuchen, ihre Erkenntnisse so gut wie möglich zu prüfen und in die Welt hinauszutragen. Und wir vertrauen darauf, dass wir das besser können als ein Verlag, der als Wirtschaftsunternehmen nur am Profit orientiert ist. Das liegt am Ende daran, dass wir uns selbst als einen integralen Teil des Systems der Wissenschaft verstehen. Das ist das einzige Argument, mit dem wir arbeiten können, und wir erleben auch, dass Wissenschaftler*innen durchaus wahrnehmen, dass sie als eigentliche Erzeuger*innen wissenschaftlicher Erkenntnisse in diesen Großverlagen nicht so ernst genommen werden wie in einem kleineren Verlag, der sehr viel näher am Fach ist, der sich um die einzelnen Wissenschaftler*innen und die wissenschaftlichen Institutionen kümmert, der Kontakte hält und sich in die Fachwelt hinein vernetzt. Ob das auf alle Ewigkeit hält, weiß ich nicht. Aber das ist das einzige Instrument, das wir im Moment haben und das wir konsequent nutzen können, um deutlich zu machen, dass wir für die Wissenschaft gerade wegen dieser Fokussierung unersetzlich sind.

Claudia Czingon: Gibt es Bestrebungen anderer, auch kleinerer Verlage, DEAL-ähnliche publish and read-Vereinbarungen mit wissenschaftlichen Einrichtungen auszuhandeln? De Gruyter hat das ja zum Beispiel schon gemacht. Oder wäre nicht auch eine Verbundlösung sinnvoll, bei der sich die kleineren Verlage zusammenschließen, um ihre Verhandlungsposition zu stärken?

Johannes Rux: Es gibt Ideen. Es gibt auch konkrete Vorhaben, Gespräche zwischen Verlagen, die bisher aber an den verschiedensten Dingen scheitern, nicht zuletzt an dem bereits erwähnten Problem der kleineren Verlage, entsprechende Ressourcen aufzubauen. Der von Ihnen erwähnte Verlag De Gruyter ist nicht nur deshalb eine Ausnahme, weil er ein eher großer unter den kleinen Verlagen ist. Vor allem ist der Verlag nicht nur auf die Geistes- und Sozialwissenschaften konzentriert, sondern seit langem auch in der Medizin unterwegs, möglicherweise deshalb war er bei Open Access schon früh sehr aktiv. Aber wenn wir mit anderen, kleineren Verlagen spre-

chen, dann merken wir, dass diese noch lange nicht so weit sind und sich teilweise unglaublich schwer damit tun, die Informationen zu erfassen, die notwendig wären, um mit einem mit dem DEAL-Konsortium vergleichbaren Gegenüber zu verhandeln.

So helfen auch gut gemeinte Hinweise, etwa aus dem BMBF, nicht weiter, die uns raten, uns an Vorbildern wie etwa der medizinischen Open-Access-Plattform *Publisso* zu orientieren. Denn im Zweifel beruhen diese Plattformen auf den Eigengesetzlichkeiten des jeweiligen Fachgebiets, die sich eben nicht einfach auf die Sozial- und Geisteswissenschaften übertragen lassen. Am Ende müssen wir also etwas völlig Neues entwickeln. Das können wir als Verlag alleine nicht stemmen. Und wir haben ein weiteres Problem: Wenn wir die Kooperation mit anderen Verlagen intensivieren und etwa versuchen, dem Bibliothekskonsortium ein Konsortium unabhängiger Kleinverlage gegenüberzustellen, dann steigt uns im Zweifel das Kartellamt aufs Dach. Nach meiner Einschätzung wäre es der beste Weg, die Infrastruktur für die Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen, die infolge des DEAL entstanden ist und die heute im Ergebnis nur den DEAL-Verlagen zugutekommt, für alle Verlage zu öffnen – das setzt aber voraus, dass die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse ebenso als öffentliche Aufgabe verstanden wird wie die Forschung selbst.

Claudia Czingon: Gibt es vonseiten der Forschungsförderer Initiativen, um kleinere und mittelständische Verlage bei der Open-Access-Transformation zu unterstützen?

Johannes Rux: Unser Problem mit der DFG zum Beispiel hinsichtlich der Open-Access-Transformation ist derzeit, dass die meisten DFG-Programme auf die Wissenschaft fokussiert sind, das heißt potenzielle Antragsteller*innen in DFG-Programmen sind Wissenschaftler*innen und Herausgeber*innen von Zeitschriften, aber nicht die Verlage. Wir als Verlage sind keine Player, mit denen die DFG direkt verhandelt. Wir kommen erst ins Spiel, wenn sich Wissenschaftler*innen finden, die sagen, wir möchten gerne Open-Access-Projekte machen – und zwar mit einem Verlag, weil wir uns dessen Ressourcen und dessen Erfahrung mit der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse zunutze machen wollen. Aber wir als Verlag sind dann nur Dienstleister und nicht aktiv im Antragsverfahren dabei. Das BMBF hat durchaus Programme, auf die sich auch Verlage bewerben konnten. Aber diese Programme haben von den Verlagen extrem viele Informationen verlangt, dass selbst wir, obwohl wir wirklich ein großer unter den Kleinen sind, die Anforderungen nicht erfüllen konnten. Das größte Problem ist hier meines Erachtens, dass viele Verlage eben nicht nur wissenschaftliche Texte im engeren Sinne publizieren, also Inhalte, die ihrerseits den wissen-

schaftlichen Fortschritt fördern sollen. Stattdessen gibt es auch einen großen Bereich »praxisrelevanter« Literatur, also von Texten, die zwar aus der Wissenschaft kommen und durchaus von Wissenschaftler*innen geschrieben werden, die aber vor allem dazu dienen, ganz praktische Probleme zu lösen. Etwas vereinfacht kann man das mit dem Unterschied zwischen Fachbuch und Sachbuch illustrieren. Der wesentliche Unterschied ist, wer »klassisch« die Publikation finanziert. Beim Fachbuch sind das oft wissenschaftliche Bibliotheken über die Beschaffung der Bücher (oder das Abo von Fachzeitschriften), beim Sachbuch sind es hingegen oft Private oder Verbände, die hier die Werke finanzieren. In den Verlagen ist diese Trennung aber nicht selbstverständlich. Fast alle Mitarbeiter*innen sind in alle Bereiche eingebunden – das macht es im Ergebnis unglaublich schwer, die spezifischen Kosten einer Open-Access-Publikation zu bestimmen. Vergleichsweise einfach ist das nur für einen Verlag, der (fast) ausschließlich Wissenschaft publiziert.

Claudia Czingon: Die mittelständischen Verlage geraten nicht nur durch die Konkurrenz von Großverlagen unter Druck. Wir können beobachten, dass sich immer mehr Zeitschriften verlagsunabhängig gründen oder dass sie flippen⁵ und Open Access auf alternativen Publikationsinfrastrukturen gehostet werden, zum Beispiel bei Universitätsbibliotheken. Herr Wrzesinski, brauchen wir im digitalen Zeitalter überhaupt noch Verlage?

Marcel Wrzesinski: Ja, ich glaube schon. Es wird oft ein Gegensatz aufgemacht zwischen dem, was gemeinhin unter dem Bereich des *scholar-led publishing* gefasst wird, und dem, was Publizieren im Verlag bedeutet. Es gibt leider keine besonders gute Übersetzung für den Begriff des *scholar-led*. Kolleg*innen in anderen Forschungsprojekten sprechen von *community-driven*, und vielleicht trifft es das auch eher, weil Teil der *community* jener, die die wissenschaftlichen Ergebnisse verbreiten wollen, ja auch Verlage sind. Man zieht da an einem Strang. Ich glaube, Verlage werden nicht durch Zeitschriften unter Druck gesetzt, die zunächst unabhängig von Verlagen gegründet wurden und die aus dem Interesse oder der Neugier von Wissenschaftler*innen entstanden sind. Manche sprechen von Ehrenamt. Ich mag den Begriff nicht so gern, weil er suggeriert, dass wir das alles freiwillig tun. Das tun wir eigentlich nicht, weil das wiederum Teil der Reputationsökonomie ist. Das heißt, wir sind in Redaktionen tätig, auch weil wir hoffen, irgendwann dadurch unseren Lebenslauf ein bisschen mehr glänzen zu lassen. Aber es ist *gifted labour*, ein Geschenk, das wir bestimm-

5 Das Wort »flippen« bezeichnet im Bereich des wissenschaftlichen Publizierens den Prozess der Transformation einer Subskriptionszeitschrift in eine Open-Access-Zeitschrift.

ten Kontexten machen. Wir überantworten unsere Zeit. Und dieser Spirit, der dahintersteckt, ist sehr wertvoll und kann zusammen funktionieren mit bestimmten Verlagsmodellen.

Ich glaube, zentral ist, dass man im Namen und im Auftrag der Wissenschaft tätig ist. Und dann können wir fragen, wie Wissenschaftler*innen, die das in ihrer »Freizeit« machen wollen, und kleine mittelständische Verlage zusammenarbeiten, um für die Wissenschaft tätig zu sein beziehungsweise im Auftrag der Wissenschaft zu agieren. Letztlich sind ja Verlage die Orte, wo die ganze Expertise liegt. Das ist nicht so einfach, sich das zu erschließen. Als ich vor zehn Jahren als Philosophiestudent angefangen habe, bei einer Zeitschrift zu arbeiten, fehlte mir dieses Wissen. Ich würde vermuten, dass selbst meinem damaligen Professor vieles an Wissen fehlte und er dankbar dafür war, dass es einen Verlag gab, der im Hintergrund tätig war.

Und noch einmal zurück zu der Frage, wie es ist, sich zu organisieren. Diese Themen behandeln wir auch in der *scholar-led community*. Ich bin Teil einer Gruppe, die sich als Netzwerk versteht, wo man vorhat, horizontale Allianzen zu schmieden, um nach außen hin eine gewisse Repräsentationsmacht zu haben. Um auch ein Stück weit lobbyistisch auftreten zu können und zu sagen: Uns gibt es, wir sind relevant. Wir sind eine Größe, mit der man zu rechnen hat. Und in der Hinsicht ist es sicherlich interessant, wie sich kleine oder mittelständische Verlage in dem Bereich positionieren. Denn sie sind ja entscheidend für Bibliodiversität. In den Fächern, aus denen ich komme, sind die kleinen und mittelständischen Verlage wichtig. Es gibt kaum große Player für die kleinen und interdisziplinären Fachzusammenhänge. In der Philosophie vielleicht schon noch, aber die Kulturwissenschaft, die Geschlechterforschung sind ja keine Bereiche, womit sich viel Geld verdienen lässt, selbst nicht bei den großen Drei. Und ich glaube, da sind das Wechselspiel und die Zusammenarbeit wichtig, zumal unter Bedingungen von DEAL und Plan S.

Claudia Czingon: Herr Rux, welche Anknüpfungspunkte sehen Sie zum scholar-led oder community-driven publishing? Sehen Sie es ähnlich wie Herr Wrzesinski, dass es keine Bedrohung der Verlagslandschaft durch alternative Publikationsinfrastrukturen gibt?

Johannes Rux: Eine Bedrohung der Verlagslandschaft sehe ich überhaupt nicht, das ist ein wunderbares Nebeneinander. Ein Problem ist nur, dass wir es nicht schaffen, in die Wissenschaft hinein zu transportieren, was wir eigentlich tun. Das merken wir am Vokabular, zum Beispiel ist immer noch von »Druckkostenzuschüssen« die Rede. Als ob der Druck eines Buches ein großer Aufwand wäre. Unsere Kosten als Verlage entstehen heute an ganz anderen Stellen, wo wir Dinge tun, die grundsätzlich jeder tun könnte, wenn

er oder sie sich nur die Mühe machen würde. Selbstverständlich kann sich jede und jeder in Bibliotheksklassifikation und Handelsklassifikation einarbeiten, wenn sie oder er will. Man kann sich so eine extrem hohe Kompetenz aneignen, die oft nicht mal mehr wir als professioneller Verlag haben. Aber wer macht das schon? Niemand. Und unser Job ist es, diese Aufgaben zu übernehmen und als Dienstleistung anzubieten. Deswegen sind durchaus Anknüpfungspunkte da, wenn wir nur Gesprächspartner*innen finden, die sich auf diese Themen einlassen und erkennen, dass professionelle Verlage eine wichtige oder eher entscheidende Rolle bei der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse haben können. Es ist völlig klar, dass bei Zeitschriften natürlich die Wissenschaftler*innen und Herausgeber*innen die Verantwortung für den Inhalt haben (müssen), nicht wir als Verlag. Denn wir selbst verfügen am Ende nicht über die notwendige Fachkompetenz, auch wenn unsere Mitarbeiter*innen selbst aus der Wissenschaft kommen (oder sogar aktiv wissenschaftliche Texte publizieren).

Wir können nur als Kontrollinstanz wirken, indem wir zum Beispiel aktiv werden, wenn wir merken, dass die Entwicklung bei einer Zeitschrift völlig aus dem Ruder läuft und wir über unsere Vernetzung mit der Wissenschaft wahrnehmen, dass die Kontrollmechanismen nicht mehr gut genug wirken. Aber wir müssen am Ende darauf vertrauen, dass die »Selbstkontrolle« der Wissenschaft funktioniert. Unsere Kompetenz besteht am Ende darin, dass wir in der Wissenschaft verankert sind, dass wir auf Institutionen zugehen und diesen unsere Dienste anbieten, um gemeinsam ein Publikationsorgan zu schaffen, mit dem die Erkenntnisse der Wissenschaftler*innen dort verbreitet werden, wo sie gebraucht werden. Selbstverständlich machen Universitätsverlage das auch. Unter Umständen bieten diese einen wertvollen Service, der mit dem eines professionellen Verlags vergleichbar ist.

Es gibt aber mindestens zwei Problemfelder: Zum einen haben viele Universitätsverlage einen verengten Blick, weil sie nur ihre eigene Einrichtung im Blick haben. Bei allem Verständnis für die Grundhaltung, die eigene Hochschule für die beste zu halten, glaube ich nicht, dass diese Haltung immer auf einer soliden Basis beruht. Als Verlag müssen wir immer das jeweilige Fach in den Blick nehmen. Das zweite Problem ist die korrekte Zuordnung der Kosten. Viele Universitätsverlage nutzen Ressourcen der Hochschulen, die bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit oft nicht eingerechnet werden. Wenn man aber akzeptiert, dass ein ambitionierter Universitätsverlag durchaus vergleichbare Leistungen wie ein kommerzieller Verlag erbringen kann, kommt es auf eine möglichst zuverlässige Ermittlung der Kosten an. Gerade weil die teilweise exorbitanten Gewinnmargen internationaler Großverlage, die am Beginn der Entwicklung zum DEAL berichtet

wurden, eben nicht die Lage der kleinen und mittelständischen Verlage wiedergeben, sollte am Ende klar sein, dass Dumpingpreise niemandem helfen.

Claudia Czingon: Ich würde nun gerne die Frage nach den Kosten und Finanzierungsmodellen für Open Access aufgreifen, weil ich glaube, dass die Zukunft vieler Publikationsmedien davon abhängt. Das dominante Finanzierungsmodell von Open Access sind die sogenannten APCs, die Article Processing Charges beziehungsweise Publikationsgebühren. Die sind meist relativ hoch angesetzt, mit den DEAL-Verlagen wurden 2.750 Euro ausgehandelt. Aber auch bei anderen Verlagen sind sie relativ hoch, im Schnitt um die 2.000 Euro in den Sozial- und Geisteswissenschaften. In den Naturwissenschaften sind es noch ganz andere Dimensionen. Es gibt mittlerweile Studien, die belegen, dass diese Gebühren nicht im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten des digitalen Publizierens stehen. Hinzu kommt, dass die APCs tendenziell steigen und vermutlich auch weiter steigen werden. Deswegen verlangt Plan S unter anderem auch, Kostentransparenz für Verlagsdienstleistungen herzustellen, um eine adäquate Preisgestaltung zu ermöglichen. Herr Rux, wie sehen Sie das? Welche Hürden gibt es auf dem Weg zu mehr Kostentransparenz und niedrigeren Publikationsgebühren?

Johannes Rux: Zunächst einmal zu den APCs im DEAL. Die sind ja nicht zustande gekommen, indem die Verlage offengelegt haben, welche Kosten entstehen. Sie sind zustande gekommen, indem die Verlage dargestellt haben, was sie bisher mit ihren Zeitschriften verdient haben. Die Zielvorstellung der Verlage war, mehr zu verdienen, und die Zielvorstellung der Bibliotheken, weniger zu zahlen. Am Schluss haben sich beide Seiten geeinigt. Der erste Stand nach dem DEAL war nach meiner Einschätzung so, dass die Verlage knapp gewonnen hatten. Sie haben also ihre Kosten auf jeden Fall wieder reingeholt und noch einen kleinen Spielraum gehabt, um zusätzlichen Gewinn zu machen. Mittlerweile haben sie die Preise weiter erhöht. Aber es ging *nie* um Transparenz der Kosten.

Was kostet es, eine Zeitschrift herzustellen? Was ist eigentlich unser Job als Verlag? Das ist natürlich die technische Herstellung. Wir müssen Dokumente aufbereiten, wir müssen in der Lage sein, medienneutral herzustellen. Das ist durchaus anspruchsvoll, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass diese Daten dauerhaft zur Verfügung stehen sollen. Dass sie am Schluss verwertbar in Repositorien abgelegt werden sollen oder in *Dark Archives*, wo sie im Prinzip auf Dauer verfügbar sein sollen. Wir müssen die Metadaten organisieren. Wir müssen wissen, welche Metadaten-Systeme und Datenbankstrukturen es gibt, an die wir anschließen können. Ganz ehrlich, für uns als mittelständischer Verlag ist das ein echtes Problem. Wir haben natürlich ein Interesse daran, dass unsere Beiträge bei Google Scholar

gefunden werden, weil wir aus unseren Zugriffszahlen wissen, dass Google Scholar eine der wichtigsten Quellen für die Wissenschaft ist, auch für die Sozialwissenschaft. Aber denken Sie nicht, dass Sie einen Text einfach nur irgendwo im Internet abstellen und warten können, bis der Google Crawler vorbeikommt und sagt: Hallo, ich habe hier eine neue Quelle, die indiziere ich mal kurz, und dann schiebe ich alles zu Google Scholar. Nein, sie müssen bestimmte Anforderungen erfüllen, damit Google Scholar bei ihnen vorbeikommt.

Zudem sind Google Scholar und Google zwei völlig verschiedene Systeme. Google Scholar ist für Google eine Art Hobbyprojekt, das Programmierer*innen aufgesetzt haben, weil sie einen Teil ihrer Arbeitszeit für Projekte jenseits des Kerngeschäfts nutzen können. Dementsprechend wenig wird Google Scholar betreut. Wenn sich die Anforderungen ändern, wird das nicht mit großem Aufwand mitgeteilt, im Gegenteil: Wenn man Glück hat, stößt man auf Hinweise in irgendwelchen mehr oder weniger obskuren Foren, die kein Mensch permanent überwachen kann. Wenn man diese Einträge nicht liest, kann es durchaus vorkommen, dass Google Scholar mehrere Monate nicht indiziert und die Inhalte nicht in der Suchmaschine auffindbar sind. Unsere Kompetenz besteht nun aber darin, so etwas möglichst zu vermeiden und am Ball zu bleiben. Und es gibt ja nicht nur Google.

Claudia Czingon: Wenn ich Sie richtig verstehe, ist digitales Publizieren also aufwändiger, als häufig angenommen wird. Sind die hohen Publikationsgebühren beziehungsweise APCs letztendlich also doch gerechtfertigt?

Johannes Rux: Das Problem besteht eher darin, dass es außerhalb der Verlage zu wenig Verständnis dafür gibt, wo und wie für den Verlag tatsächlich Kosten entstehen. Nehmen wir als Beispiel die Kosten einer DOI, mit der ein Text hoffentlich langfristig unter ein und derselben Adresse abrufbar bleibt.⁶ Klar, der Verlag muss die Institution bezahlen, die diese DOI vergibt. Das ist bei uns CrossRef, eine gemeinnützige Organisation, die sicherlich keine Mondpreise verlangt. Eine einzelne DOI mag so nur einen geringen Betrag kosten, aber wir können nicht nur diesen Betrag in die Kalkulation einstellen. Denn unsere eigentliche Aufgabe bestand ja darin, erst einmal zu entdecken, dass es DOIs gibt und welche Funktion(en) diese DOIs haben (können). Wir mussten dann die möglichen Anbieter von DOIs identifizieren usw. Dasselbe Problem stellt sich für eine Vielzahl anderer Klassifikationen. Dieser Aufwand ist weder einzelnen Titeln noch bestimmten Einzelleistungen zuzurechnen und wird daher in der Regel unter dem

⁶ DOI steht für Digital Object Identifier und ist ein eindeutiger und dauerhafter Identifikator für digitale Objekte, insbesondere für Beiträge in wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

schillernden Begriff der Gemeinkosten erfasst. Es gibt nun aber teilweise Forderungen, solche Gemeinkosten komplett auszusparen – als ob die entsprechenden (Er-)Kenntnisse für die Verlage vom Himmel fielen.

Selbst ein »reiner Wissenschaftsverlag« hat in der Regel Schwierigkeiten, die Kosten exakt zuzuordnen. Dies gilt erst recht dann, wenn der Verlag neben wissenschaftlichen Publikationen auch Werke veröffentlicht, die sich an Praktiker*innen richten und deren Kosten daher völlig zu Recht über Verkaufs- und Abo-Erlöse wieder eingespielt werden müssen. Es wäre in meinen Augen grob ungerecht, das alles in einen Topf zu werfen und im Ergebnis über Open-Access-Förderung durch die öffentliche Hand finanzieren zu lassen.

Claudia Czingon: Sehen Sie einen anderen Weg, die Kosten für OA-Publikationen zu ermitteln?

Johannes Rux: Im Bereich Buchprojekte sind wir deutlich weiter. Da gab es diese Diskussion vor 20 Jahren schon. Damals hat der Förderfonds der VG Wort, der mit weitem Abstand der größte Förderer im Wissenschaftsbereich war, ein pluralistisches Gremium aus Autor*innen, Verlagen und Wissenschaftsorganisationen geschaffen, das berechnet hat, wie sich die Kosten für Monografien zusammensetzen. Es ist zu dem Schluss gekommen, dass die technischen Herstellungskosten, also Satz, Druck und alles, was man wirklich dem einzelnen Buch zurechnen kann, eine Kostenposition ausmachen. Darüber hinaus gibt es einen Gemeinkostenblock. Das sind alle Aufwendungen, die ein Verlag für Werbung, Verbreitung, Kontaktpflege in die Wissenschaft hinein etc. hat. Diese Gemeinkosten wurden schlicht pauschaliert. Man hat gesagt: Für jedes Buch werden 5.300 Euro plus zehn Prozent der technischen Herstellkosten als Gemeinkosten in die Kalkulation eingestellt. Die Erfahrung zeigt, dass dieses System funktioniert. Die Förderer achten darauf, dass die technischen Herstellkosten, die sich durchaus unterscheiden können, im Rahmen bleiben. Auch ohne detaillierte Berechnungen (die ihrerseits einen erheblichen Aufwand verursachen würden) kommen Verlage hier auf ihre Kosten, und der Förderfonds der VG Wort konnte seine Mittel effizient einsetzen. Daher hat sich dieses System auch für die anderen Fördereinrichtungen durchgesetzt, einschließlich etwa der DFG.

Würde man Open-Access-Zuschüsse (für Bücher und für Zeitschriften) nach diesem Muster kalkulieren, hätten sowohl die Verlage eine solide Basis als auch die Förderer. Im Grunde ist das durchaus vergleichbar mit dem, was wir im DEAL erlebt haben. Nur wurden von den Verlagen die Zeitschriften aggregiert, sodass es am Ende nicht auf die einzelne Zeitschrift ankam. Das hat aber bemerkenswerte Auswirkungen. Denn für den Verlag kommt es in diesem System nicht mehr darauf an, in welcher Zeitschrift

ein Beitrag erscheint und ob diese Zeitschrift aus welchen Gründen auch immer besonders renommiert ist. Im Ergebnis wurde die Abonnentenkartei einer Zeitschrift, die früher den wirtschaftlichen Wert von Zeitschriften ausmachte, vollständig entwertet. Für den Verlag ist nur noch interessant, wie viele Artikel erscheinen, weil er für jeden Artikel einen bestimmten Pauschalbetrag bekommt, *unabhängig* von den Kosten etwa einer intensiven Qualitätsprüfung, die nach den mir bekannten (und öffentlich einsehbaren) DEAL-Verträgen aber auch nicht zwingend eingefordert wird. Die Wissenschaft hat da mitgemacht, und sie macht weiter mit. Sie hat auf der anderen Seite eine neue Institution geschaffen, nämlich die Max Planck Digital Library Services GmbH (MPDLS) in München, die – jedenfalls nach meinen Informationen – unter anderem den Zweck hat, die unterschiedlich hohe finanzielle Belastung der einzelnen Institutionen, die sich durch den unterschiedlich hohen Publikationsoutput ergibt, auszugleichen. Die MPDLS sorgt so dafür, dass die Institutionen trotz des DEAL weiterhin fast dasselbe bezahlen wie in früheren Zeiten. Damit verdienen auch die Verlage dasselbe wie früher, eher mehr. Alle sind zufrieden und keiner hat etwas geändert. Dieses System ist falsch, es funktioniert nicht.

Claudia Czingon: Gibt es denn alternative Finanzierungsmodelle jenseits der APCs, die in Verlagen erprobt werden? Und inwiefern könnten die zur Kostensenkung beitragen?

Johannes Rux: Ich glaube, man muss sich nur überlegen, wer eigentlich ein Interesse daran hat, dass Zeitschriften weiter existieren. Da gibt es zum Beispiel Fachgesellschaften, die ein Forum schaffen wollen, in dem möglichst alles Wichtige aus ihrem jeweiligen Fachgebiet erscheint und das sie zu finanzieren bereit sind. Das ist ein Modell, das für uns als Verlag Open Access möglich machen kann.

Unter Umständen kann diese Bindung an einen Geldgeber aber wiederum für die Herausgeber*innen ein Problem sein. Etwa dann, wenn sie sich nicht mit der entsprechenden Gesellschaft und ihren Zielen identifizieren können. Dann muss man sich andere Modelle überlegen. Wir denken im Moment über die Möglichkeit nach, die Publikationen von Zeitschriften über Genossenschaftsmodelle zu finanzieren. Am Ende geht es immer darum, dass sich die Bibliotheken und Einzelpersonen, die bisher Abogebühren bezahlt haben, auch in Zukunft an der Finanzierung einer Zeitschrift beteiligen. Ob die Bibliotheken das in ihren Haushalten abbilden können, ist noch unklar. Die größte Hürde würde aber wohl darin bestehen, dass eine öffentliche Förderung in aller Regel nur befristet möglich ist. Eine Zeitschrift ist aber kein befristetes Projekt, sondern im Grunde auf Ewigkeit angelegt.

Claudia Czingon: Herr Wrzesinski, wie werden denn verlagsunabhängige Open-Access-Zeitschriften finanziert, und welche Kosten fallen hier an im Vergleich zu Verlagszeitschriften?

Marcel Wrzesinski: Für die *community-driven* oder relativ freien Zeitschriften sind die hauptsächlichen Einnahme- und Förderquellen tatsächlich institutionelle Förderungen. Fachgesellschaften fördern ebenfalls Zeitschriften, vor allem solche, die als Sprachrohre ihrer Disziplin(en) fungieren. Das gehört natürlich auch zur historischen Verantwortung von Fachgesellschaften. In den meisten Gründungsstatuten findet sich ja die Idee, dass man das Wissen der Mitglieder verbreiten und dafür Orte schaffen soll. Das ist also mitnichten Luxus, den sich hier manche Fachgesellschaften gönnen, sondern ich würde fast sagen, das ist ihre Hauptaufgabe. Manche dieser Zeitschriften sind selbst als Vereine aufgestellt, die sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren. Weitere Einnahmequellen sind Drittmittel, also besagtes *seed funding* oder die Finanzierung der Weiterentwicklung. Da gibt es zum Beispiel die Gruppe Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme (LIS) bei der DFG, die ein Förderprogramm anbietet, um die Zeitschrift weiterzuentwickeln, um bestimmte Innovationen umzusetzen. Haupteinnahmequelle ist die sogenannte *gifted labour*, das sind die Personalstunden, die weder von der DFG noch vom BMBF übernommen werden. Sie funktioniert unabhängig davon, was die Einrichtungen zahlen, über Freistellung, das heißt, dass an den Unis der Professor oder die Professorin Stunden aufwenden darf. Die redaktionelle Arbeit wird in den meisten Fällen vom Mittelbau geleistet. Das sind die Haupteinnahmequellen der *community-driven* Zeitschriften.

Die Kosten sind ähnlich wie bei den Verlagen – wenn wir sie denn realistisch einpreisen. Ich glaube nicht, dass wir profitorientierte Verlage dazu bringen, kostentransparent zu sein. Aber die müssten dann zumindest leistungstransparent sein. Wenn wir schon nicht erfahren, was der Layouter bei einem Verlag verdient und wie schnell die Person dafür arbeitet, würde ich zumindest gerne wissen, was ich denn an Layout-Leistungen bekomme. Wenn ich mein Manuskript oder meine Dissertation einreiche, möchte ich nicht von einem miesen Lektorat überrascht werden. Das ist eine Blackbox: Es heißt 5.000 Euro. Aber was ich dafür kriege, würde ich dann schon gern wissen. Leistungstransparenz bei profitorientierten Verlagen wäre meines Erachtens das Mindeste.

Gerade für *community-driven* Projekte – das sind ja nicht nur Zeitschriften, sondern auch Blogs und andere Publikationsformate – ist es zudem wichtig, über Kostenreduktion etwa durch die Zentralisierung oder das *Pooling* von Ressourcen nachzudenken. Da würde dann auch die Forschungs-

förderung wieder ins Spiel kommen. Wie können wir bestimmte Ausgaben, die wir haben, beispielsweise was Software, Layout, bestimmte grafische Elemente oder technische Aspekte betrifft, zentralisieren? Es gibt bereits einige Initiativen, etwa an der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, an der Freien Universität Berlin oder an der Universität Heidelberg, wo wir Software nutzen können, um unsere Redaktionsprozesse effizienter zu gestalten: OJS⁷ beispielsweise, eine Open-Source-Software, die der Organisation von redaktionellen Prozessen – von der Einreichung der Manuskripte über die Organisation des Begutachtungsverfahrens bis hin zur grafischen Aufbereitung und finalen Veröffentlichung – dient. Es wäre die Frage, ob das interessant für Verlage ist. Da ist natürlich immer das Problem, dass man eigene Software hat und dass man ein Stück weit unabhängig bleiben möchte. Mit Zentralisierung geht die Unabhängigkeit allerdings zu einem gewissen Grad verloren.

Johannes Rux: Wir nutzen OJS auch für einige unserer Redaktionen. Es ist eigentlich ein ganz tolles System, das für den Open-Access- beziehungsweise Open-Source-Gedanken steht. Es führt bei uns im Verlag aber zu erheblichen Schwierigkeiten, die vor allem mit den unterschiedlichen Fachkulturen zusammenhängen. Ich bin zum Beispiel Schriftleiter der Zeitschrift *Rechtswissenschaft*, eine der wenigen juristischen Zeitschriften, die bewusst ein *Peer Review*-Verfahren einsetzen. Im Mittelpunkt steht aber die Beurteilung durch die hochkarätigen Herausgeber*innen, wie sie bei juristischen Zeitschriften im deutschen Sprachraum üblich ist. Wir wollten für diesen *Peer Review*-Prozess OJS nutzen. Aber OJS war nicht ohne weiteres in der Lage, diesen Annahmeprozess abzubilden. Im Ergebnis mussten wir OJS zu großen Teilen umprogrammieren, was bei jedem Update geradewegs in die Hölle führt. Wir haben im Haus mittlerweile über 80 Zeitschriften, und so gut wie jede von denen hat ihre eigenen Besonderheiten. Das führt zu erheblichen Schwierigkeiten beim Einsatz von Systemen wie OJS, die wir nur dadurch vermeiden könnten, indem wir die Besonderheiten abschaffen. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, muss sich zeigen.

Marcel Wrzesinski: Wenn wir diese Frage unter dem Nachhaltigkeitsaspekt verhandeln, dann muss man vielleicht ganz ketzerisch zurückfragen: Wie viel ist uns diese Autonomie wert? Also was darf sie kosten? Es ist natürlich schön, dass man seinen Sonderweg hat und behält. Aber wenn durch zentrale Infrastrukturen extrem viel Geld eingespart werden kann, muss man vielleicht auch mal sagen: Das ist jetzt leider nicht möglich. Du ziehst auf diese Plattform um. Die inhaltliche Seite deiner Zeitschrift

7 OJS steht für Open Journal System.

bleibt unberührt. Aber ja, diese Designelemente gibt es nicht mehr, und ja, das tut uns leid, aber du musst deinen Gutachter*innen erklären, dass sie sich neu anmelden müssen. Es gibt bestimmte Punkte, wo man diskutieren muss, ob es das wert ist. Also ob wir damit genug Geld einsparen, um vermitteln zu können, dass eine Migration notwendig ist. Die Open Library of Humanities (OLH) ist zum Beispiel so ein Modell, bei dem man sagt, ihr zieht auf uns um, und dafür gibt es vieles umsonst. Solche Ressourcen kann man nutzen. Über so etwas muss man natürlich nachdenken, und das muss man recherchieren. Und das ist nicht immer möglich, weil es zeitintensiv ist und Know-how erfordert. Aber ich glaube, das ist zumindest eine Richtung, in die es gehen könnte, um Geld zu sparen. Ich weiß, dass das von vielen *scholar-led* oder *community-driven* Projekten schon gemacht wird. Sie tricksen, sind kreativ und probieren aus, wie man es anders machen kann als die Verlage.

Claudia Czington: Wir haben jetzt ausführlich über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Finanzierungsmodelle gesprochen. Ich möchte abschließend nochmal einen Schritt zurücktreten und die größere Frage nach dem Verhältnis von Open Access und wissenschaftlicher Reputationsökonomie aufwerfen. Der Plan S sieht auch vor, dass im Rahmen der Open-Access-Transformation wissenschaftliche Leistung neu definiert werden soll, wobei qualitative Kriterien stärker berücksichtigt werden sollen. Die DFG hat vor kurzem ein Positionspapier herausgegeben, das in eine ähnliche Richtung geht und den Wert der Bibliodiversität, den Sie, Herr Wrzesinski, bereits angesprochen haben, herausstellt.⁸ Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass das etablierte und vielfach kritisierte, auf quantitativen Kriterien (Zitationshäufigkeiten) basierende System wissenschaftlicher Leistungsmessung durch die OA-Transformation tatsächlich herausgefordert wird? Ist nicht eher zu erwarten, dass Open-Access-Publikationen sich dem Diktat des Impact-Faktors beugen werden?

Marcel Wrzesinski: Hier fällt mir eine Prognose schwer. Letztlich ist es keine abstrakte, sondern überaus praktische Angelegenheit: Mit der Messung von Zitationen – mit Metriken – soll Ordnung und Struktur in die ungeheuer große Menge von wissenschaftlichen Publikationen gebracht werden. Das war schon der Anspruch von Eugene Garfield, und das setzt sich bis heute fort. An einem solchen deskriptiven, bibliometrischen Verfahren ist zunächst nichts auszusetzen. Wenn aber, wie Sie sagen, quantitative Verfahren genutzt werden, um qualitative Aussagen zu treffen, wird

⁸ Vgl. hierzu Dagmar Simon 2022. »Wissenschaftliches Publizieren: Auf dem Weg zu einer neuen Bewertungspraxis?«, in *Leviathan* 50, 4, S. 626-631.

es schwierig. Letztlich müssen alle Beteiligten des Systems Wissenschaft überlegen, wie sie Metriken interpretieren, was wissenschaftliche Qualität wirklich ausmacht und wie sie ihre Bewertungskriterien so gestalten, dass Unterschiede anerkannt werden können. Für den Bereich des Publizierens ist ja genau das mit Bibliodiversität gemeint: eine anerkennende, inklusive und Vielfalt fördernde Kultur der Verbreitung von Wissen und Wissensformaten. Ob Open Access oder nicht, finde ich dabei nebensächlich. Wir alle müssen einfach anfangen, nicht nur auf *Impact* und Reputation, sondern wieder auf die Inhalte zu schauen – so zeitaufwändig das auch sein mag.

Claudia Czingon: Was würden Sie sich im Hinblick auf Open Access für die Zukunft wünschen?

Marcel Wrzesinski: Ich würde mir mehr Publikationsorte und Infrastrukturen wünschen, die langfristig gefördert sind und von der Wissenschaft verwaltet werden. Also eine echte Alternative zur klassischen Verlagspublikation, die natürlich ebenso ihre Berechtigung hat und die koexistieren kann. Auch würde das System der wissenschaftlichen Kommunikation davon profitieren, wenn wir neuen Publikationsformaten jenseits des fachbegutachteten Forschungsartikels mehr Bedeutung beimessen würden: wissenschaftliche Blogs, Working Papers, Rezensionen gibt es genug, aber sie werden bei der Bewertung wissenschaftlicher Karrieren oft geringgeschätzt. Schließlich müssten wir uns auch stärker selbstkritisch fragen, welches Wissen durch Open Access global verbreitet wird. Wohlhabenden Industrieländern im Globalen Norden wie Deutschland fällt es leicht, Wissen zu »exportieren«. Was aber ist mit lokalem Wissen in anderen Regionen, nehmen wir das wahr? Und wer hat tatsächlich Zugang zu elektronischen Dokumenten, die technisch immer aufwändiger werden und stabiles Internet voraussetzen? Hierzu gibt es Studien, aber es ist noch viel zu tun.

Johannes Rux: Ich wünsche mir, dass die Leistung und Kompetenz der Verlage nicht nur anerkannt, sondern gerade bei Open Access auch genutzt wird. Gute Verlage sind seit jeher auf die Verbreitung von Erkenntnissen konzentriert, die wiederum eine Auswahl der verbreitungswürdigen Erkenntnisse und ihre entsprechende Aufbereitung voraussetzt. Die Wissenschaft sollte sich die immensen Kompetenzen der Verlage in diesem Bereich zunutze machen, anstatt Parallelstrukturen aufzubauen und in gewisser Weise das Rad immer wieder neu zu erfinden. Letzten Endes muss sich die Gesellschaft entscheiden, ob und inwieweit sie wirklich bereit ist, Wissen möglichst breit zu streuen. Der Umstand, dass die meisten Beiträge zur Entstehung und Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV 2 am Anfang Open Access publiziert wurden, hat die Entwicklung wirksamer Impfstoffe und

Medikamente sicher massiv befördert. Jedoch wäre die Fülle einschlägiger Open-Access-Publikationen ohne Verlage undenkbar gewesen, die für die Systematisierung, Aufbereitung und Kanalisierung der Erkenntnisse verantwortlich waren – und für ihre Leistungen auch bezahlt wurden. Am Ende kann man sich zwar die Frage stellen, ob es nicht besser (gerechter?) gewesen wäre, auch die Formel für die Herstellung des Impfstoffs Open Access zu publizieren – obwohl die Möglichkeit, das Verfahren zu patentieren, nicht nur zu einer sicheren und zuverlässigen Herstellung des Impfstoffs geführt hat, sondern eben auch zu Milliarden Gewinnen für ein einzelnes Unternehmen. Ohne die Aussicht auf diese Gewinne wären die Entwicklungen aber ziemlich sicher langsamer vorangegangen – was nach meiner Überzeugung deutlich macht, dass eine Gesellschaft insgesamt vom Schutz des geistigen Eigentums profitiert. Open Access ist eben kein Allheilmittel, sondern nur *ein* Weg zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, der Institutionen (wie zum Beispiel die Wissenschaftsverlage) voraussetzt, die diese Erkenntnisse mit hohem Aufwand aufbereiten und streuen.

Claudia Czingon: Vielen Dank für das interessante Gespräch.

Autor*innen

Johannes Rux
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Programmleitung Wissenschaft
Juristisches Lektorat
Waldseestr. 3-5
76530 Baden-Baden
Deutschland
Rux@nomos.de

Marcel Wrzesinski
Open Access Officer und Projektleitung »Scholar-led Plus«
Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft
Französische Straße 9
10117 Berlin
Deutschland
marcel.wrzesinski@hiig.de

Claudia Czingon
Leitende Redakteurin WSI-Mitteilungen
WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Deutschland
claudia-czingon@boeckler.de



© Johannes Rux und Marcel Wrzesinski